

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 17/3945

Eckernförde, den 15. April 2012

Die Stellungnahmen der einzelnen Drucksachen erfolgt in aufsteigender Reihenfolge.

### **Stellungnahme zur Drucksache 17/1365**

#### **Antrag der SPD-Fraktion „Studium und Familie besser vereinbar machen“**

Zum Generellen:

Einerseits freuen sich alle Beschäftigten der schleswig-holsteinischen Hochschulen darüber, dass sich die Politiker mit den Verbesserungsmöglichkeiten des Studiums beschäftigen. Und hier besonders mit der Familienfreundlichkeit eines Studiums.

Auf der anderen Seite entsteht aber durch immer mehr Detailierungspunkte in den Zielvereinbarungen – und in anderen Bundesländern auch über die finanziellen Anreize – teilweise ein immer größerer Rechtfertigungsdruck für die Hochschulen und eine Tendenz zur Darstellung der „Schokoladenseite“, was aber nicht unbedingt zu besseren Ergebnissen führt. Ein ungewollter, mittlerweile aber nicht zu unterschätzender Effekt ist z.T. auch ein immer höherer personeller Aufwand zur Argumentation und formalen Umsetzung der Zieldefinitionen.

Aus unserer Sicht würden wir uns manchmal mehr direkte Kontakte ohne offizielle Hochschulvertreter wünschen; denn diese müssen ja einprägsame Best-Practice- Beispiele liefern.

Zur konkreten Sache:

Es werden bessere **Betreuungsangebote für Kinder** angesprochen. Dies ist ein zentrales Thema und auch ein Wettbewerbsfaktor. In diesem Bereich engagiert sich das Studentenwerk Schleswig-Holstein immer umfangreicher. Bei allen Forderungen an die Hochschulen oder das Studentenwerk stellt sich aber immer die gleiche Frage: Wer deckt den Zuschussbedarf, der sich

bei Aktivitäten in diesem Bereich ergibt? Wir erinnern hier an die politischen Antworten bei der ersten Diskussionsrunde zum „Zukunftspakt Hochschule“ und auch an die Reduzierung des Landeszuschusses an das Studentenwerk.

Studium und Familie sind natürlich ein zentrales Thema für jeden Studierenden und jeden Beschäftigten. Denn dazu gehört nicht nur das eigentliche Studium, sondern **Mitwirkungsmöglichkeiten** der Studierenden und der Beschäftigten. Zu welchen Zeiten werden z.B. Gremien-Sitzungen abgehalten? Dort haben sich schon viele Hochschulen positiv weiterentwickelt.

Familienkompatible Zeiten klingen gut, was versteht aber die/der Einzelne darunter: 8 bis 16 Uhr oder nach 18 Uhr? Samstags? Dann gibt es aus Sicht der Studierenden aber auch arbeitnehmerfreundliche Studienzeiten, denn viele Studierende arbeiten auch im Semester außerhalb der Hochschulen.

Dies führt dazu, dass immer mehr **Online-Angebote** erstellt werden. Also eine positive Entwicklung. Unabhängig davon erfolgen die Betreuungen der Veranstaltungen immer mehr per E-Mail/Chatrooms und nicht mehr nur in festgelegten Sprechstunden. Aber auch hier gibt es die Rechte der ArbeitnehmerInnen zumindest auf ein Teilwochenende. Individuell vereinbarte **Sprechstunden** hat der Landesvorsitzende z.B. im letzten Semester 7.30 Uhr oder auch 21.30 Uhr gehalten. Also vor oder nach der Arbeitstätigkeit der Studierenden. Die Hochschulen sind an dieser Stelle schon wesentlich flexibler geworden. Gleichzeitig kommen immer mehr Hochschul-lehrerInnen bei dieser Flexibilisierung und dem Prüfungsaufwand durch die hohen Studierendenzahlen (z.T. 200 bis 400 Klausuren in einem Modul mit einer realen Bearbeitungszeit von rund einer Woche ohne Mittelbau) an ihre Leistungsgrenzen.

Wir werden aber in den nächsten 10 Jahren zumindest genauso viele Studierende wie in der gegenwärtigen „Boom Zeit“ haben (siehe die neuen KMK-Zahlen). Fast niemand fordert in den Hochschulen aufgrund der Haushaltslage noch gravierende **Flächenerhöhungen**. Es sollen vielmehr Synergien etc. geschaffen werden. So werden die üblichen Zeiten von 8 bis 18 Uhr auf 20/21 Uhr angehoben. Und wenn es Probleme gibt (unerwartete Überlasten oder Umbaumaßnahmen), dann wird auch der Samstag genutzt.

Zusammenfassung:

Das Thema ist gut und wichtig. Es kann aus unserer Sicht aber nicht durch Zielvereinbarungen und „die Hochschulen stehen in der Verantwortung“ gelöst werden. Es kann und muss unter den gegenwärtigen Systembedingungen aber als ein langfristiger Prozess weiter entwickelt werden oder wir müssen uns über **Geld** unterhalten.

**Stellungnahme zur Drucksache 17/1411****Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen „Diversity-Ansatz gemeinsam mit den Schleswig-Holsteinischen Hochschulen verankern“**

Die sprachliche Verknüpfung des demographischen Wandels und einer höheren AkademikerInnenquote erschließt sich uns nicht automatisch. Diese einzelnen Faktoren werden doch politisch „definiert“, wie z.B. die AkademikerInnenquote in Abgrenzung zu anderen Ausbildungen. An dieser Stelle sind aufgrund der Zeitschiene auch noch nicht die aktuellen Veränderungen der Studierendenanfängerquote und die Zahlen der KMK bis 2025 berücksichtigt.

Gerade an dieser Stelle zeigt sich der fundamentale Unterschied der teilweise vorhandenen Auffassungen in der Politik und den Hochschulen zu den erforderlichen Inhalten eines Bachelor-Abschlusses. Während sich zumindest die Fachhochschulen an den Erfordernissen des Arbeitsmarktes orientieren, werden von der Politik z.T. pauschale Forderungen zur Senkung der Abbrecherquoten (Herr Dr. Habeck) und die Einhaltung der Regelstudienzeiten gestellt. Der **h1b** stellt schon lange die Frage nach dem „gewünschten“ Niveau eines Hochschul-Abschlusses. Diesem hat sich die Politik bisher immer entzogen. Dann entziehen sich aber auch die Hochschulen der pauschalen Forderung zur Reduzierung der Abbrecherquoten. Natürlich haben alle Hochschulen ein Interesse an möglichst vielen und guten AbsolventInnen. Hierzu wurden in den letzten Jahren gerade mit den Mitteln des HSP in großem Umfang Tutoren etc. eingesetzt.

Die konkrete Auflistung möglicher Tätigkeitsfelder ist z.T. schon in der Stellungnahme zu dem SPD-Antrag thematisiert. In der Summe könnte man den Eindruck gewinnen, dass es an den schleswig-holsteinischen Hochschulen mit vielen Zielgruppen erhebliche Probleme gibt. Wenn dieser Eindruck richtig ist, fänden es der **h1b** sehr gut, wenn diese Defizite konkret benannt und nicht indirekt angedeutet werden.

Trotz dieser konkreten Kritikpunkte finden wir den grundsätzlichen Ansatz gut. Allerdings stellt sich die Frage, ob der Weg nicht falsch herum gehen soll. In der Überschrift steht „gemeinsam verankern“. Im letzten Absatz des Beschlusses soll die Landesregierung aktiv werden und dazu eine wissenschaftliche Begleitung nutzen. Einerseits ist aus unserer Sicht die Benennung eines konkreten Kooperationspartners problematisch (der Markt ist häufig besser als der eigene Teller- rand) und andererseits soll die Landesregierung auf der gesetzgeberischen Ebene tätig werden. So stellen sich Hochschulen keine gemeinsame Verankerung vor!

Unser Vorschlag: Die Hochschulen bilden eine Arbeitsgruppe, die mit allen im Antrag erwähnten Gruppen strukturierte Gespräche führen und die Gründe der dabei genannten Defizite in den Hochschulen eruieren. Dazu sollte sicherlich eine Begleitung vorgesehen und das Studentenwerk mitwirken. Als Ergebnis gibt es einen Bericht mit konkreten Defiziten und Veränderungsvorschlägen. So kann „diese große gesellschaftliche Herausforderung“ in gemeinsamer basisdemokratischer Arbeit gestaltet werden.

**Stellungnahme zur Drucksache 17/2186 (neu)****Antrag der Fraktion Die Linke – Verlässliche berufliche Perspektiven des wissenschaftlichen Nachwuchses in Schleswig-Holstein sicherstellen**

Aufgrund der Themenstellung wird der **hfb** nur punktuell dazu Stellung nehmen. Denn obwohl im Antrag nicht explizit genannt, so wurde doch in der Aussprache in der 70. Sitzung durch Herrn Thoroer klar, dass die Universitäten gemeint sind.

Allgemein kann gesagt werden, dass die Basis von Forschung und Lehre der sogenannte Mittelbau ist. Zumindest die Fachhochschulen versuchen Daueraufgaben durch Dauerstellen sicherzustellen. Hierzu ist eine Grundfinanzierung des Landes erforderlich, die nicht gravierend durch Projekte der Zielvereinbarungen eingeschränkt werden darf. Dementsprechend führen temporäre Mittel wie HSP natürlich zu temporären Stellen. An dieser Stelle ist nicht erkennbar wie das Land die hohen Studierendenzahlen des nächsten Jahrzehnts bewältigen will. Hierzu wurden bisher von der Politik keine Antworten bei der ersten Diskussionsrunde zum „Zukunftspakt Hochschule“ gegeben.

Unstreitig sollten Qualifizierungszeiten mit einem befristeten Vertrag verbunden sein. Und genauso unstrittig sollte es sein, dass Qualifizierung mit einem persönlichen Mehreinsatz einhergeht. Für jeden der Beteiligten sollte vom Vertrag und den Bedingungen klar sein, für welche Tätigkeit welche Arbeitszeiten anzusetzen sind. Dies sollte in einem offenen Diskurs innerhalb der Hochschule möglich sein, um mögliche Interessenkollisionen zwischen „Vorgesetzten“ und „Mitarbeiter“ zu vermeiden. Sollte es dabei zu „Ausbeutungen“ kommen, so ist dieses auch so zu bezeichnen. Nach unserem Kenntnisstand ist es innerhalb der Fachhochschulen mit diesem offenen Stil möglich „gute“ Qualifizierungsstellen zu schaffen.

**Stellungnahme zur Drucksache 17/3728**  
**Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP**

Auch wenn der **hfb** zu den Anträgen der SPD und Bündnis 90 / Die Grünen kritische Stellungnahmen verfasst hat, so finden wir uns in der regierungstragenden Formulierung nicht wieder. Neben den unbestrittenen positiven Entwicklungen auf manchen Feldern ist eine grundsätzliche Positionsbestimmung und neue Navigation richtig. Deshalb haben wir eine Arbeitsgruppe vorgeschlagen, die dieses Thema ernsthaft aus den Hochschulen heraus bearbeiten soll.